

Rosa, Lisa; Edler, Kurt

Neue Strategien und Praktiken des Rechtsextremismus

Berlin : BLK 2005, 12 S. - (Beiträge zur Demokratiepädagogik)



Empfohlene Zitierung/ Suggested Citation:

Rosa, Lisa; Edler, Kurt: Neue Strategien und Praktiken des Rechtsextremismus. Berlin : BLK 2005, 12 S. - (Beiträge zur Demokratiepädagogik) - URN: urn:nbn:de:0111-opus-1396

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Beiträge zur Demokratiepädagogik Eine Schriftenreihe des BLK-Programms: „Demokratie lernen & leben“

Herausgegeben von Wolfgang Edelstein und Peter Fauser

Neue Strategien und Praktiken des Rechtsextremismus

Lisa Rosa und Kurt Edler

Berlin, Oktober 2005



Neue Strategien und Praktiken des Rechtsextremismus

Lisa Rosa und Kurt Edler

Vorbemerkung

Tradierter Ansatz
der Auseinandersetzung
greift nicht mehr

Es mag ungewöhnlich anmuten, in den „Beiträgen zur Demokratiepädagogik“ zunächst eine politische Analyse und Bewertung zu veröffentlichen und sie erst dann auf die pädagogische Praxis zu beziehen. Die Autoren tun dies jedoch aus ihrer Erfahrung als Lehrkräfte in gesellschaftskundlichen Fächern. Denn in der Schulpraxis sieht sich die Demokratiepädagogik mit dem Problem konfrontiert, dass der tradierte Ansatz der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht mehr recht greift, weil sich der Rechtsextremismus gewandelt hat.

Rechtsradikale machen
Zugeständnisse an
den Zeitgeist

Seine Strategien greifen zwar immer noch auf bekannte Muster (wie z. B. die Verharmlosung der Shoa) zurück; aber sie setzen ebenso darauf, dass in der „Eroberung der Köpfe“ durch die „nationale Rechte“ neue Wege beschritten werden müssen – gerade bei Jugendlichen. Gegenüber den deutschümelnden Kulturangeboten der Vergangenheit zeigt sich in dem, was heute von Jungnazis z. B. vor Schulen verteilt wird, ein bemerkenswertes Zugeständnis an den Zeitgeist.

Auch Schule muss auf
Höhe der Zeit sein

Wenn die demokratische Schule dem Rechtsextremismus wirksam das Wasser abgraben will, muss also auch sie auf der Höhe der Zeit sein – das heißt, seine neuen Strategien und Praktiken berücksichtigen. Aufgeklärte Pädagogik bleibt immer kritisch gegenüber den eigenen Gewissheiten, und sie ist sich der Tatsache bewusst, dass die Lernwirksamkeit alter Programme verblasst, wenn sich die Wirklichkeit wandelt. Das gilt umso mehr, als in der Wissensgesellschaft separate Wissenswelten nebeneinander existieren. Eine wirksame Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus kann der Demokratiepädagogik daher nur gelingen, wenn sie in fremde Räume hineinblickt, Expertise aus nichtpädagogischen Bereichen hinzuzieht und alle Medien beobachtet.

Schwerpunkte dieses
Beitrags

Der vorliegende Beitrag kann und soll keine Unterrichtseinheit enthalten. Zu unterschiedlich sind dafür die Situationen im Alltag der Schule, in denen Lehrkräfte mit der Herausforderung durch die Botschaften, Symbole, Denkmuster und Sprachfiguren des Rechtsextremismus konfrontiert sind. Der Beitrag bietet jedoch

- eine sparsame Situationsbeschreibung,
- eine Strategieanalyse,
- eine überschaubare Auswahl paradigmatischer Äußerungen, mit deren Hilfe sich die politische Neuformation auf der äußersten Rechten nachvollziehen lässt, und
- abschließend eine Reflexion über die Rolle, die die Schule bei der Behandlung dieses Themas spielen sollte.

Dabei können besonders die Musik-Texte dazu dienen, die Art und Weise zu erörtern, wie die extreme Rechte an unter Jugendlichen populäre Lebenseinstellungen anzuknüpfen versucht, die – für sich genommen – nicht extremistisch sind.

Einleitung

Einzug der NPD in den
sächsischen Landtag

200 000 Stimmen konnte die NPD bei den Wahlen zum sächsischen Landtag am 19. September 2004 für sich gewinnen, und zwölf NPD-Abgeordnete konnten ins Landesparlament einziehen. Gleich zu Beginn der neuen Sitzungssaison kam es zu einem skandalösen Vorgang: Der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel nutzte die Bühne des Parlaments für seine vergangenheitspolitische Propaganda: Er nannte die Zerstörung Dresdens den „Bombenholocaust“. Irritation, Empörung, aber auch Hilflosigkeit unter den Abgeordneten: Wie soll man im Parlament auf eine solche Äußerung reagieren? Ignorieren, beschimpfen, widerlegen? Oder den Sitzungssaal verlassen? Wie soll man überhaupt mit den neuen Kollegen umgehen, die sich zwar der äußeren Form nach angemessen verhalten, von denen man aber weiß, dass sie „braun“ sind, und die politisch „unmögliche“ Dinge sagen? Wochenlang beschäftigten sich Politik und Medien mit den „neuen Kollegen“ im sächsischen Landtag, mit ihren Wählern und mit dem Skandal der Gleichsetzung von nationalsozialistischem Massenmord und alliierter Kriegsführung. Mit der „Lex NPD“ wurde am 25. März 2005 das Versammlungsrecht geändert, damit die Rechtsradikalen am 60. Jahrestag der nationalsozialistischen Niederlage nicht durchs Brandenburger Tor marschieren können. Erneut werden die Chancen für einen Antrag zum Verbot der Partei erwogen.

Ist die NPD erneut eine
Gefahr für die Republik?

Ist die NPD zu einer neuen Gefahr für die Republik geworden? Haben sich ihr Programm, ihre Politik oder ihre Strategie verändert? Muss man befürchten, dass die NPD irgendwann in den Bundestag einzieht? Worin liegen die Ursachen für die gegenwärtige Renaissance der NPD?

Propagandamittel CD

Der vorliegende Beitrag soll helfen, diese Fragen zu klären.

Ein zweiter Anknüpfungspunkt sind die Schulen: Die Freien Nationalisten wollten 50 000 CDs mit Liedern verschiedener rechtsradikaler Bands an Schulen verteilen (Titel: „Anpassung ist Feigheit“). Vorsorglich hatten sie die Sampler Rechtsanwälten für eine Art Unbedenklichkeitsbescheinigung vorgelegt. Sie wurde nicht verteilt, da das Amtsgericht Halle eine schwere Jugendgefährdung erkannte und einen allgemeinen Beschlagnahmebeschluss erließ.

Bekommen Lehrer überhaupt mit, wenn an Schulen rechtsextremistisches Propagandamaterial auftaucht, wenn Schüler untereinander rechtsradikale Botschaften austauschen, wenn Schüler selbst Rechtsextremisten werden? Wie muss der Politikunterricht aussehen, damit die Schüler erkennen, dass und warum die Politik des Rechtsextremismus nicht in ihrem Interesse liegen kann?

Auch zur Klärung dieser Fragen soll dieser Beitrag beitragen.

Rechtsextremismus – im Aufwind?

NPD-Erfolge
in den 60er Jahren

Wahlerfolge der NPD sind nichts Neues: Zur Zeit der Großen Koalition gewann die NPD 7,4 Prozent in der Landtagswahl von 1966 in Bayern, im selben Jahr dann 7,9 Prozent in Hessen, 1968 waren es 9,8 Prozent in Baden-Württemberg. Insgesamt war die NPD in dieser Zeit mit 61 Abgeordneten in sieben Landtagen vertreten; mit 4,3 Prozent verfehlte sie 1969 nur knapp den Einzug in den Bundestag. Anschließend konnte das Potenzial der rechtsextremen Wähler von der CDU zurückerobert werden.

Rechtsextremismus hat heute eine breite Basis

„Das geht heute nicht mehr so leicht. Die Neonazis sind ziemlich fest etabliert. Ihre Funktionäre sind nicht mehr, wie vor dreißig Jahren, Altnazis. Bei den Rechtsextremen zumal im Osten sammeln sich junge Menschen und junge Wähler, sammelt sich ein breites Publikum. Der neue Rechtsradikalismus ist eine junge, keine alte Bewegung“, konstatierte Heribert Prantl am 13. September 2004 in der Süddeutschen Zeitung. Er ist nicht der einzige. Alle Experten sind sich einig, dass die Erfolge des Rechtsextremismus, die im Wahlerfolg der sächsischen NPD kulminierten, eine neue Qualität besitzen. Über die Veränderungen der Partei im öffentlichen Auftreten sowie in ihrem Umgang mit den Neonazi-Kameradschaften vermittelt die Reportage von Annette Ramelsberger in der Süddeutschen Zeitung ein anschauliches Bild (siehe Materialteil).

Ursachen

Sinnkrise

Die Ursachen für die neuen Erfolge der NPD muss man auf mehreren Ebenen suchen: Auf der ersten Ebene besteht gegenüber den späten 60er Jahren heute in der anwachsenden Sinnkrise für weite Teile der Gesellschaft eine veränderte Situation. Diese Sinnkrise betrifft – nicht nur, aber besonders – die junge Generation und lässt sich im weitesten Sinne als negative Folge der globalen Umwälzungen erfassen. Der Bielefelder Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer hat mit seinem Team in der Untersuchungsreihe „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ herausgearbeitet, dass soziale und wirtschaftliche Desintegrationsgefahren „...erhebliche Auswirkungen auf die Abwertung schwacher Gruppen“ haben können.

Die Studie weist nach, dass „... Spaltungs- und Polarisierungstendenzen in der Wahrnehmung der Bevölkerung zunehmen“. So stimmen über 90 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass „in Deutschland ... immer mehr Menschen an den Rand gedrängt“ werden. Zugleich schwindet die Hoffnung auf die Wirksamkeit politischen Engagements: „An eine politische Einflussnahme als Bürger glauben inzwischen ca. 60 % nicht mehr.“ (Heitmeyer 2005: S. 30).

NPD-Strategie Volksfront

Auf einer zweiten Ebene ist es der NPD durch eine neue Strategie der „Volksfront“ und durch die Absprachen mit ihrer Konkurrentin DVU und parteiungebundenen Kräften gelungen, die vorhandenen rechtsextremistischen Kräfte – auch die Skinheads und andere gewalttätige „Kameradschaften“ – hinter sich zu scharren.¹

Abschied von der marxistischen Ideologie

Eine dritte Ursachenebene, die in den Analysen meist vergessen wird: Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion gilt die sozialistische Linke als politisch desavouiert. Die marxistische Theorie, die bis dahin als gesellschaftliches Analyseinstrument zumindest dem Namen nach bekannt war, ist nach dem Untergang des Sozialismus im Archiv gelandet. Eine plausible linke theoretische Erklärung für gesellschaftliche Krisen und mithin für die daraus resultierenden Probleme der Individuen fehlt seither in der politischen wie auch der politikwissenschaftlichen Diskussion.

¹ „Volksfront-Strategie“ ist eine bewusste Übernahme des Komintern-Schlagworts, unter dem die kommunistischen Parteien 1937 alle antifaschistischen Kräfte gegen den Nationalsozialismus zusammenzufassen suchten.

Diese Lücke weiß die NPD mit ihrer propagandistischen Umorientierung zu nutzen. Mit der Neufassung ihres Programms knüpft die Partei an erlebte oder befürchtete Abstiegs Erfahrungen in der Mitte der Gesellschaft an. Sie kann sich zum „Analysten“ der gesellschaftlichen Krise erklären, weil von anderen politischen Kräften wenig plausible Erklärungen vorliegen, mit denen sie konkurrieren müsste. Gleichzeitig verfolgt sie die offensive Verbreitung ihrer neuen Programmatik in der von ihr selbst so benannten neuen Strategie der „Wortergreifung“:

„Wortergreifung“

„Wir müssen erst unsere Hausaufgaben machen, ehe wir das Geschichtsbild revidieren können. Nur mit einer zeitgemäßen Wortergreifung werden wir Gehör finden für die Notwendigkeit einer Machterlangung, um Besserung für unser Volk zu finden. Dies ist keine Frage der Strategie, sondern der Taktik; hier steht keine Anschauung zur Diskussion, sondern nur ihre moderne Ausdrucksform“,

verkündete 1999 „Der Aktivist“, eine Publikation der Jungen Nationalisten (Ausgabe 8, Seite 5).

Prominente Ex-68er
für die NPD gewonnen

Der NPD ist es außerdem gelungen, prominente Vertreter der 68er-Linken zu ihren Fürsprechern zu machen (Horst Mahler, Bernd Rabehl, Reinhold Oberlercher), die für eine intellektuelle Aufwertung der Partei sorgen (vgl. Interview der „Deutschen Stimme“, des Organs der NPD, mit Bernd Rabehl, www.deutsche-stimme.de). Rabehl sieht die NPD als mögliche nationale Fundamentalopposition im Aufsteigen begriffen, sofern es ihr gelänge, sich ihrer dumpfen altnazistischen und antisemitischen Konnotationen zu entledigen. Er meint damit, dass sie mit ihrer Fremdenfeindlichkeit und ihrem Antisemitismus nicht über das hinausgehen dürfe, was in der Mitte der Gesellschaft toleriert werde. Die NPD hat in der Neuformulierung ihrer Programmatik bereits Schritte in diese Richtung getan.

Programm

Nachfolgend einige Zitate aus dem Programm der NPD, das sich vollständig auf der Homepage der Partei findet (www.npd.de/medien/pdf/parteiprogramm.pdf): Die NPD gibt sich sozialrevolutionär antikapitalistisch:

Wirtschaft

„Die Wirtschaft unseres Volkes ist nicht autonom, sondern Teil des Ganzen. (...) Nicht das Volk dient der Wirtschaft, vielmehr muss die Wirtschaft dem Volk dienen.“

Volk

Sie gibt sich als Globalisierungsgegner:

„Die Völker sind die Träger der Kulturen. Völker unterscheiden sich durch Sprache, Herkunft, geschichtliche Erfahrung, Religion, Wertvorstellungen und ihr Bewusstsein. (...) Bloße Gesellschaften entwickeln keine Kultur (...) ‚multikulturelle‘ Gesellschaften sind ... kulturlose Gesellschaften (...) Die Erhaltung unseres Volkes und der Schutz für alle seine Teile sind die höchsten Ziele deutscher Politik. Zu diesem Zweck strebt das deutsche Volk Freundschaft und gute Beziehungen zu allen gutwilligen Nationen an, um gemeinsam der Zerstörung der Lebensgrundlagen durch multikulturelle, imperialistische und gleichmacherische Kräfte zu begegnen.“

Direkte Demokratie	<p>Sie gibt sich demokratisch:</p> <p>„Der Einfluss des Volkes muss durch Volksentscheide und direkte Wahlen gestärkt werden. Die Absicherung der Macht durch Einschränkung der Meinungsfreiheit sowie durch Monopolisierung der verbreiteten Meinungen im Sinne der herrschenden Schichten ist zu beenden.“</p>
Dennoch: Klassische Elemente des Rechtsextremismus	<p>Die NPD „antwortet“ auf erlebte oder befürchtete Erfahrungen. Sie reagiert auf die Angst vor sozialem Abstieg und auf die reale ökonomische Unsicherheit, auf psychosoziale Folgen der Globalisierung, wie etwa die Erfahrung der Entsolidarisierung, und auf die Erkenntnis, dass die großen Parteien an der zunehmenden Arbeitslosigkeit trotz fleißiger Bemühungen offenbar nichts ändern können. Dass diese Antworten nach wie vor die ideologischen Elemente des Rechtsextremismus – nationalistische, völkische, rassistische, antisemitische, antirepublikanische – enthalten, ist für viele nicht mehr ohne weiteres erkennbar.</p>
Traditionelle Scheu vor Rechtsradikalismus schwindet	<p>Schlimmer: Es steht zu befürchten, dass diese Elemente für zunehmend mehr Menschen in Zeiten anhaltender Krisenerfahrung keinen Grund mehr zur Ablehnung dieser Partei darstellen. Denn wer sich bisher aus bloßer „Anständigkeit“ gegenüber Antisemitismus, Antirepublikanismus und Nationalismus ablehnend verhalten hat und keine Vorstellung davon hat, warum ihm selbst diese politischen Haltungen schaden und warum sie nicht Teil der Lösung seiner Probleme sein können, wird Schwierigkeiten haben, „anständig“ zu bleiben, wenn er den Eindruck gewinnt, dass er selbst nicht „anständig“ von „der Politik“ behandelt wird. Einem Ein-Euro-Jobber wird auch das vielleicht beschädigte Ansehen Deutschlands im Ausland weniger wichtig sein.</p>
Motive der NPD-Wähler	<p>In einer Umfrage durch Infratest-Dimap nach den Wahlmotiven der sächsischen NPD-Wähler nannten 57 Prozent der Befragten die Hartz-IV-Gesetze und die Arbeitsmarktpolitik und 38 Prozent der befragten NPD-Wähler die Ausländerpolitik.</p>
Neuer Diskurs	<p>Der Vorsitzende der NPD, Udo Voigt, führt den neuen Diskurs in seinem Kommentar „Wie sich die BRD selbst abwickelt“ in der „Deutschen Stimme“ vor (Wortlaut siehe Materialteil). Darin analysiert er die Situation der deutschen Gesellschaft zusammengefasst so:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Staat funktioniert nicht mehr. • Er nimmt seine Fürsorgefunktion für Allgemeinheit und Individuum nicht mehr wahr (Sicherheit, soziale Absicherung, Infrastruktur), sondern privatisiert diese Staatsaufgaben. • Abgeordnete handeln als Selbstversorger. • Die staatliche Souveränität wird an EU-Organe abgetreten. • Der Staat hat eine „Vasallenmentalität“ gegenüber den USA, der EU und „bestimmten jüdischen Interessenvertretern“. • Die Globalisierungspolitik betreibt die Auflösung des Nationalstaats. • Die „Volksgemeinschaft“, im Nationalstaat organisiert, ist aber „die beste Lebensform für ein gedeihliches Zusammenleben vieler Menschen“.

Lagebeschreibung
durch die NPD

Sein Fazit:

- Die bürgerlichen Parteien haben das deutsche Volk verraten.
- Die Folge: Bruch zwischen Volk und Staat
- Die Gegenwehr, das ist die „nationale Opposition“, wird unterdrückt und verfolgt.
- Das ist ein Bruch der Verfassung, die Beugung der Grundrechte
- Die NPD handelt im Sinne der Verfassung der Bundesrepublik und im Interesse des Volkes.

Beschreibung realer
gesellschaftlicher Probleme

Die NPD wirft sich damit in die Pose der Verteidigerin der demokratischen Verfassung und der Anwältin des Volkes gegenüber transnationalen Wirtschaftsunternehmen und Politikinstitutionen. Sie beschreibt auf der Symptomebene reale gesellschaftliche Erscheinungen, deren Ursachenerklärungen durch die NPD politisch ungebildeten Menschen plausibel erscheinen.

Aussichten

Rechtsextremistisches
Wählerpotential noch nicht
ausgeschöpft

Darüber, inwieweit die Sorge berechtigt ist, die NPD könne in Zukunft auch im Bundestag auftreten, lässt sich nur spekulieren. Plausibilität hat jedoch eine Auswertung der Wahlergebnisse, die konstatiert, dass bisher das rechtsextreme Wählerpotential noch gar nicht ausgeschöpft wurde. Der Berliner Politikwissenschaftler Richard Stöss beziffert das Einstellungspotenzial mit geschlossen rechtsextremem Weltbild auf 15 Prozent der Bundesbürger (elf bis zwölf Prozent in den alten, 18 bis 19 Prozent in den neuen Bundesländern). Die sächsische NPD erreichte bei der Landtagswahl 9,2 Prozent.

Vorhandene Gesinnung
spiegelt sich zunehmend
in Wahlergebnissen

Der Berliner Historiker Gideon Botsch schließt aus der Geschichte der Wahlergebnisse für rechtsextreme Parteien:

„Diese Parteien, Listen und Wählervereinigungen wurden lange Zeit nicht aus Trotz gewählt, obwohl sie rechtsextrem sind, sondern von vielen, die ihre Positionen tendenziell teilen, in der Regel trotzdem nicht gewählt. In Sachsen und Brandenburg könnte sich jetzt eine neue Tendenz andeuten, die mit der Erosion der Volksparteien und der gesteigerten Wählervolatilität einhergeht: dass sich nämlich das rechtsextreme Potenzial der Bevölkerung zunehmend in den Wahlergebnissen widerspiegelt.“ (Botsch 2004: S. 1291)

Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt der Hamburger Jurist Horst Meier, wenn er im Zusammenhang einer NPD-Verbotdiskussion urteilt:

„Dabei sind solche Abgeordneten dieser Parteien noch das kleinere Problem. Schlimmer sind die, die solche nationalen Talente ohne Rücksicht auf Verluste wählen. Eine Partei kann man verbieten. Man kann aber Wählern nicht verbieten, die ‚falsche‘ Partei zu wählen. Seit langem ist bekannt, dass es in allen Demokratien einen ziemlich konstanten Bodensatz von latenten Rassisten, Antisemiten und Antidemokraten gibt. Solche Zeitgenossen muss man ertragen, was sonst? Man kann sie doch nicht alle erschießen oder ausweisen! Man kann sie doch nicht alle umerziehen oder einsperren! Man kann sie doch nicht alle durch Sozialarbeiter belagern lassen oder von den

Auf den Ernstfall
parlamentarische Rechte
einstellen

Wahlen ausschließen! Demokraten sollten sich daher auf den Ernstfall einstellen: dass sich auch hierzulande eine parlamentarische Rechte etabliert.“ (Meier 2005: S. 267 f.)

Diese Auffassung bildet auch eine interessante Stimme in der Verbotsdiskussion, die man den Schülern nicht vorenthalten sollte. Interessant ist diese Position auch hinsichtlich einer Strategie gegen Entpolitisierung und Politikverdrossenheit. Horst Meier fordert eine offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus im Parlament:

Auseinandersetzung mit den Rechten muss im Parlament stattfinden

„Aber wo, wenn nicht im Parlament, wäre der richtige Ort, sich mit Rechtsradikalen ‚geistig‘ auseinander zu setzen? Hier muss ganz exemplarisch der offene Diskurs, die harte politische Debatte geführt werden. Mit allen über alles. Wer sich außerstande sieht, mit Rechtsradikalen über die Todesstrafe oder die Internierung von Flüchtlingen oder die Holocaust-Gedenkstätte oder den angloamerikanischen Luftkrieg zu streiten, sollte schleunigst vom Parlament ins Grundbuchamt wechseln.“ (ebd. S. 267)

Neue Offensive zur Rekrutierung von Jugendlichen

Rolle des Internets

Der Versuch, mit kostenlos verteilten CDs Schüler für die rechtsextreme Bewegung zu gewinnen, folgt der Erkenntnis, dass Jugendliche über Musik kommunizieren. Musikstile und die Botschaften der Songtexte sind für Jugendliche eines der wichtigsten Medien zur Gruppenbildung und Abgrenzung, zur Bildung und Demonstration ihrer Identität. Dabei spielt das Internet eine große Rolle. Wichtig ist die Möglichkeit, unmittelbar und zum großen Teil kostenlos an die Musik heranzukommen.

Homepages der Bands

Ebenso bedeutsam sind die Möglichkeiten, im Netz über die Musik und ihre Botschaften zu kommunizieren: Über die Homepages der Bands – auch der von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indizierten – kommt man durch Verlinkung zu einer Szene, die Musik, Artikel, rechtsextreme Parteien und Bürgerinitiativen sowie Online-Magazine miteinander verknüpft. Nachrichten über geplante Aktionen, z. B. Musikveranstaltungen und Demonstrationen, werden hier verbreitet. Kommunikationsforen werden von Jugendlichen genutzt, um sich über Veranstaltungserlebnisse auszutauschen.

Unter der Band-Homepage www.hungrige-woelfe.de konnte man z. B. die Ankündigung der Demonstration „Musik ist ein Teil der freien Meinungsäußerung“ finden; im Shop kann man CDs sowie Fan-Artikel wie T-Shirts, Mützen, Flaggen, Bücher und Filme bestellen. Die meist schwarzen T-Shirts tragen Aufschriften wie „Hardcore“ oder „You never walk alone“, „Problemfan“, „Alles außer Hamburg ist Scheiße“, „Scheiß Holland“, „OldsCHOOL“ (steht für Hooligan), gerne in altdentscher oder „Viking-Schrift“. Im Gästebuch finden sich hunderte von Einträgen, wie z. B.: „ Geile Musik, die die Sache auf den Punkt bringt“.

Beispiele

Bekannte Bands heißen „Sturmgewehr“, „Stahlgewitter“, „Noie Werte“, „Funkenflug“, „Faustrecht“, „Nordfront“, „United Blood“, „Spirit of 88“ (8 steht für den achten Buchstaben des Alphabets und damit für H, also „Heil Hitler“). Teilweise haben die Bands auch direkten Bezug zur Fußball-Hooligan-Szene. Über die Eingabe der Namen in eine Suchmaschine findet man zur jeweiligen Website.

Songtexte	Die Songtexte der NPD-Sampler lesen sich wie eine Übersetzung des NPD-Parteiprogramms in Musik: Von der Beschwörung der heilen Familie und der alten (Wehrmachts-)Werte über stolzes Märtyrertum gegen die „Verfolgung“ der Bewegung bis zum Kampfaufruf gegen „die Roten“ und den „US-Imperialismus“ werden alle Politikthemen des Rechtsextremismus abgehandelt. Der Stil der Texte erinnert häufig an die linke Protestsong-Kultur der siebziger und achtziger Jahre, oder er lehnt sich an das Arbeiterlied der zwanziger Jahre an. Vereinzelt wird sogar auf einzelne Lieder zurückgegriffen (Bettina Wegener, „Sind so kleine Hände“).
Musikstile	Auch der Musikstil ist uneinheitlich. Die Musik ist die Kopie unterschiedlichster stilistischer Vorlagen vom Wandervogel-Volkslied mit Akustik-Gitarre und Lagerfeuer-Romantik über schlagerartigen Reinhard-May-Verschnitt bis zu allen möglichen Varianten der Rockmusik verschiedener Jahrzehnte.
Vereinnahmung des Hiphop	Auffällig für die Neonazi-Liederszene war – bis vor kurzem jedenfalls - die Abspaltung des Hiphop, überhaupt des Rapvortrags. Möglicherweise wurde hier die „Ghetto-Musik“ der Afroamerikaner oder im kommerzialisierten Hiphop die „entartete“ „US-imperialistische“ Kultur abgelehnt – eine vergleichbare Haltung hatte der Nationalsozialismus jedenfalls zum Jazz. Seit kurzem zeigt sich jedoch auch an einer spezifisch deutschen Weiterentwicklung des Gangsta-Rap, dass Hanns Eislers berühmtes Diktum von der Musik als Hure auch hier zutrifft: Mit den sexistischen, Gewalt verherrlichenden und nationalistischen Texten der Rapper Fler, Sido, Kool Savas und Bushido – letzterer ein tunesischer Migrant der zweiten Generation – ist es dem Label „Aggro Berlin“ gelungen, HipHop und Rechtsextremismus miteinander zu versöhnen: Ein bedeutender Teil der Aggro-Fans sind bekennende jugendliche Neonazis der Skinheadszene.
Texte bedienen Bedürfnisse der Jugendlichen	Im Materialteil dieser Handreichung sind als Beispiele zwei Liedtexte enthalten, an denen zweierlei deutlich wird: Zum einen fehlt es in diesen Texten an empörenden und abschreckenden Äußerungen, die zu einer reflexartigen moralischen Ablehnung führen könnten. Zum anderen handelt es sich bei diesen Texten um durchaus attraktive Angebote für Jugendliche, die (noch) kein rechtsextremes Weltbild haben. Sie knüpfen an das Bedürfnis vieler Jugendlicher an, gegen den Mainstream der Erwachsenen zu rebellieren, der unangenehme Fragen häufig als Provokationen zurückweist oder mit floskelhaften Antworten abtut (Funkenflug, „Verbietet nur!“), oder an die durchaus auch in der Mitte der Gesellschaft und in linken Kreisen verbreitete Kritik an der „Weltpolizei“ USA.
Versteckte rechtsextreme Codes	Dennoch ist das Material als rechtsextrem erkennbar. In den Texten, die auf den ersten Blick Kritik am „Meinungsverbot“ und in der von vielen geteilten Kritik an der Politik der USA verbergen sich Codes, die auf die rechte Szene verweisen: „offensive Bewegung“, „erwachendes Volk“, „krankes System“ – das sind unveränderte Begrifflichkeiten aus der nationalsozialistischen Propaganda. Fraglich ist allerdings, ob es ausreicht, auf die Verwandtschaft hinzuweisen. Sind die Begriffe nur darum falsch, weil sie von den Nazis verwendet wurden? Oder muss man nicht vielmehr die Vorstellung über die Realität, die ein Gesellschaftssystem als „krank“ bezeichnet oder ein „Volk“ als schlafend oder „erwachend“, einer kritischen Analyse unterziehen? Für eine Analyse rechtsextremistischer Propaganda im Unterricht eignet sich außerdem die Ansprache auf einer der „Schulhof“-CDs, in der wichtige programmatische Aussagen und propagandistische Elemente des rechtsextremistischen Dis-

kurses enthalten sind (vgl. Materialteil). Sie sind hier außerdem in einer besonderen Weise auf Schüler zugeschnitten, die in ihrem (vermeintlichen?) Schulalltag und ihren Erfahrungen als Schüler „abgeholt“ werden.

Einen anderen Fall stellt die Band „Landser“ dar, die am 22. Dezember 2003 als kriminelle Vereinigung verurteilt wurde. Die Verurteilung nach §129 wurde am 10. März 2005 vom Bundesgerichtshof bestätigt. Diese Band gehörte zu den extremen Beispielen der rechten Musikszene: In ihren Liedern wurde offen zur Gewalt gegen Ausländer aufgerufen, die Texte enthielten antisemitische und rassistische Hetzparolen. Bei den Mördern des Algeriers Faird Guendoul und des Mosambikaners Alberto Adriano wurden Landser-Lieder gefunden.

Eine Diskussion über „Meinungsfreiheit“ in der Musik und ihre Grenzen hätte diesen Fall unbedingt einzubeziehen (siehe Material: Der Sound des Hasses).

Gegenstrategien

Die Nutzung juristischer Möglichkeiten, um gegen Gewalt verherrlichende Parolen und antisemitische Hetze vorzugehen, ist ein wichtiger Teil der Bekämpfung rechtsextremistischer oder neonazistischer Aktivitäten. Die Justiz kann aber erst einschreiten, wenn Taten begangen worden sind.

Angst vor Ansehensverlust
reicht nicht aus

Vor dem Verbrechen, vor jeder Handlung überhaupt stehen Denken, Einstellungen, Haltungen. Diese lassen sich nicht verbieten. Aber sie lassen sich behindern, beeinflussen – oder fördern. Hinter der in den Regionen oft gehörten Verleugnung „Neonazis? Bei uns doch nicht!“ steckt die Angst einer Gemeinde, eines Bürgermeisters, für die Existenz einer rechten Szene im Dorf zur Rechenschaft gezogen zu werden, schlechte Presse zu bekommen, schlecht angesehen zu werden. Es ist hier wie in der „großen Politik“: Wenn drohender Ansehensverlust die einzige Angst ist, die die Menschen beim Thema Rechtsradikalismus befällt, wird sie als Motiv nicht ausreichen, Gegenkräfte zu mobilisieren, sondern eher zu Verleugnung und Rechtfertigung führen.

Website „haGalil“

Am 27. Juli 2000 wurde in Düsseldorf-Wehrhahn ein Rohrbombenanschlag auf deutschstämmige Übersiedler aus der ehemaligen Sowjetunion verübt. Von den neun Verletzten waren sieben Juden. Kurze Zeit später gab es ebenfalls in Düsseldorf einen Brandanschlag auf eine Synagoge. Aufgrund dieser Vorfälle wurde der „Aufstand der Anständigen“ ausgerufen. Die Gelder für die vielen Projekte und Initiativen laufen jetzt aus, kaum, dass diese Projekte Wirkung entfalten konnten. Ein besonderes Beispiel ist die Website „haGalil“, die nicht mehr gefördert wird. Diese Internetseite fängt Netzsurfer ab, die nach Stichworten zu Judentum und Israel „googlen“ und vorher häufig auf rechtsextremistischen Seiten gelandet sind. Auf www.haGalil.com kann man sich in die Unterschriftenliste zur Fortsetzung der Förderung eintragen.

Schule und Unterricht

Moralische Appelle allein sind wirkungslos

Welche Rolle kann die Schule beim Kampf um die Köpfe spielen? Wir Lehrkräfte halten es für unseren Auftrag, Denken, Einstellungen und Verhalten der Schüler durch Unterricht und Gestaltung des Schullebens zu beeinflussen. Die Aufklärung im Geschichtsunterricht über die Gewaltverbrechen des Nationalsozialismus allein hat sich nicht als ausreichend für eine Abwehr rechtsextremistischer Positionen erwiesen. Die Schüler müssen eine Verbindung zu heute und zu ihrem eigenen Leben herstellen können. Moralische Appelle und Empörung über „unmögliche“ Parolen allein bewirken nichts.

Hilfloser Antifaschismus

Zuweilen drängt sich sogar der Verdacht auf, dass ein „hilfloser Antifaschismus“ nicht nur von Schülern abgelehnt wird, die schon Elemente eines rechtsextremistischen Weltbilds haben, sondern auch Schüler abstößt, die indifferent sind und noch auf der Suche nach einer eigenen Haltung, in der ihre Wünsche und Probleme aufgehoben sind. Auch ein Werte-Unterricht wird nicht die sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse ersetzen können, gegenüber denen jede rechtsradikale Erklärung der gesellschaftlichen Verhältnisse als falsch erkannt werden kann.

Rechtsextreme Einstellungen nicht pathologisieren

In jedem Fall ist es sinnvoll, dass sich die Schüler mit dem authentischen Material der rechtsextremen Szene auseinandersetzen können. Sie müssen herausfinden können, dass und warum rechtsextreme Politik nicht nur ihre Lebenswünsche nicht erfüllen kann, sondern ihnen entgegenwirkt, beispielsweise in der Zurückweisung des Bedürfnisses nach Selbstverwirklichung (vgl. NPD-Parteiprogramm). Bei dieser Reflexion darf es keine „falschen“ Fragen und Meinungen geben. Rechtsextreme Einstellungen dürfen nicht pathologisiert werden, weil sie sich dann einer offenen politischen Auseinandersetzung entziehen. Antirassismus-Trainings und Gewaltprävention haben ihre Berechtigung; sie können die notwendige politische Auseinandersetzung aber nicht ersetzen.

Zu klärende Fragen

Folgende Fragen müssen geklärt werden:

- Was bedeutet Globalisierung? Sind ihre Folgen unausweichlich, willkürlich, objektiv, ausschließlich interessenbedingt?
- Ist „Globalisierung“ etwas „Böses“, das von feindlichen Mächten betrieben wird und das man mit nationalistischer Politik bekämpfen kann?
- Ist „Volksgemeinschaft“ die Antwort auf unser Bedürfnis nach Gemeinschaft, Solidarität, Kommunikation und Nähe?
- Was bedeuten Kategorien wie „Volk“, „Staat“, „Nation“, „Gesellschaft“ in der rechtsextremen Ideologie? Welche Bedeutungen haben sie in einem wissenschaftlichen Weltbild? Oder konkret: Ist die Vorstellung vom Staat als „die da oben“ und vom Volk als „wir da unten“ geeignet, die gesellschaftliche Wirklichkeit zu beschreiben?
- Was bedeuten die rechtsextremistischen Pläne für die Durchsetzung von „Deutschtum“, „Gemeinschaft“, „Familie“ für meine eigenen Vorstellungen von Lebensgestaltung?

Viele weitere Fragen werden die Schüler selbst stellen und untersuchen wollen, wenn der Lehrer offen ist, die Fragen zu hören und Klärungsprozesse zu begleiten.

Zum Ausgangspunkt für Unterricht haben wir dafür in diese Handreichung einige Materialien aufgenommen. Möglich und besser noch ist auch, dass Schüler selbst Material in den Unterricht bringen, das sie im Netz gefunden haben.

Außer einer Reflexion an konkreten Materialien ist jedoch auch gemeinsames Handeln wichtig. Einstellungen und Haltungen müssen durch kollektive Aktivitäten erzeugt und erprobt werden. Unter Suchbegriffen wie „Schule gegen rechts“ und „Nazifreie Schule“ findet man viele Projekte und Beispiele von Schulaktivitäten.

Speziell anlässlich der CD-Aktion der NPD haben die Falken und die Gewerkschaftsjugend eine Initiative ins Leben gerufen (www.aufmucken-gegen-rechts.de). Ihre Parole: „Nazis den Ton abdrehen“. Mit Informationsveranstaltungen und Konzerten sowie einem eigenen CD-Sampler wollen sie über „die Hintergründe neonazistischer CDs informieren, ihre menschenverachtenden Inhalte entlarven ... und praktische Tipps geben, was man gegen die neonazistische Hetze tun kann“. Die CD soll in einer Auflage von 50 000 Exemplaren kostenlos vor Schulen verteilt werden.

Literatur

Botsch, Gideon: Entpolitisierung des Rechtsextremismus. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11 2005, S. 1290–1293.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 3*. Frankfurt am Main 2005.

Meier, Horst: Die Freiheit der NPD. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 3 2005, S. 266–269.

Die Autoren

Lisa Rosa, geb. 1954, seit 1983 Lehrerin für Geschichte, Politik und Musik an Gesamtschulen und Gymnasien in Westberlin und Hamburg. Seit 2005 Mitarbeiterin beim Referat Gesellschaft des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung in Hamburg. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte des Nationalsozialismus; Bildung und Internet.

Kurt Edler, geb. 1950, seit 1977 Lehrer in Hamburg in den Fächern Deutsch, Französisch, Politik und Philosophie. 1984 bis 1986 und 1993 bis 1997 Bürgerschaftsabgeordneter und schulpolitischer Sprecher der Fraktion der Grün-Alternativen Liste. Politische Schwerpunktthemen: Parteistrategie und -organisation; Fundamentalismus und Totalitarismus. Seit August 2004 Referatsleiter Gesellschaft am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung in Hamburg.

© 2005 Lisa Rosa & Kurt Edler

Dieser Artikel samt Materialteil erschien zuerst in leicht anderer Form im April 2005 als Material des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Hamburg in der Reihe „Informationen und Dokumente des Referats Gesellschaft, Arbeitslehre und Aufgabengebiete“.

Die Beiträge zur Demokratiepädagogik stehen als kostenlose Downloads zur Verfügung: www.blk-demokratie.de

Redaktion: Prof. Dr. Wolfgang Edelstein, Anna Vierling, Alexa Samson